

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Gesetz und Recht für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanze.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darressalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Vindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Darressalam 15. Juni 1912 Erscheint zweimal wöchentlich.	Bezugspreis: für Darressalam vierteljährlich 1 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 5 Mk. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 Mk. — „Gesetz und Recht für Deutsch-Ostafrika“, allein bezogen, jährlich 4 Mk. 50 Heller oder 6 Mk. — „Der Ostafrikanische Pflanze“, 11-tägig erscheinende Zeitschrift für tropische Agrikultur und totale Volkswirtschaft, bei Einzelbezug jährlich 7 Mk. 50 Heller oder 10 Mk. postfrei. — Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Nebenblätter werden sowohl von den Geschäftsstellen in Darressalam (D.-O.-A.) und Berlin SW 11, wie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen.	Anzeigengebühren: für die 6-spaltige Zeitspalte 35 Heller oder 50 Pf. Mindestzeit für eine einmalige Anzeige 2 Wp. oder 3 Mk. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein. Anzeigen nehmen die Geschäftsstellen in Darressalam und Berlin SW 11, sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditoren entgegen. Geschäftsstelle in Darressalam: Telegramm-Adresse: Zeitung Darressalam. Geschäftsstelle in Berlin: SW 11, Bernburgerstr. 15/16 Fernsprecher: Amt Sllgow, 8575; Postfachverehr: Berlin 11 600.	Jahrgang XIV. Nr. 48
---	--	--	---------------------------------------

Berliner Telegramme.

Besuch des deutschen Geschwaders in New-York.

Berlin, 15. Juni (W. T.). Der Besuch des Geschwaders der deutschen Flotte in New-York ist auf das glänzendste verlaufen.

Bedeutende Verschiebungen im englischen Kabinett.

Berlin, 15. Juni (W. T.). Lord Haldane ist zum Großkanzler und Oberst Seely zum Kriegsminister ernannt worden.

Gouvernementsrat.

In der kommenden Woche wird der Gouvernementsrat tagen: außer der Etatsaufstellung für das Jahr 1913 harren eine ganze Reihe von Verordnungen und Bestimmungen, auf welche wir weiter unten noch etwas näher zurückkommen werden, der Erledigung. Aber nicht allein diese umfangreiche Tagesordnung, so bedeutsam sie an sich für die Weiterentwicklung des Schutzgebietes werden kann, verdient unsere ganz besondere Aufmerksamkeit, der diesjährige Gouvernementsrat hat auch im allgemeinen für das politische Leben unserer Kolonie eine andere Bedeutung als die früheren. Er stellt sich uns nicht dar als eine nur rein gouvernementale Vertrauensmännerversammlung, auf die Auswahl seiner Mitglieder hat, wenn auch nur indirekt und in sehr bescheidenem Maße, die landesgenössische deutsche Bevölkerung einen Einfluß ausüben können.

Die 5 außeramtlichen Mitglieder des Gouvernementsrat verdanken diesmal ihren Sitz im Gouvernementsrat nicht lediglich der Gnade des Gouverneurs, sie haben sich und Stimme erhalten, gestützt auf das ihnen zuteilgewordene Vertrauen der deutschen Bevölkerung. In ihrem Teile werden sie nun dafür zu sorgen haben, daß sie das in sie gesetzte Vertrauen auch rechtfertigen. Die deutsch-ostafrikanische Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, was über das Schicksal des Schutzgebietes verhandelt wird. Dieses ihr gutes Recht ist bisher nur in sehr geringem Maße berücksichtigt worden. Die früher veröffentlichten, stark gekürzten und zurechtgemachten Verhandlungsauszüge gaben kein auch nur einigermaßen klares Bild dieser Verhandlungen und der Stellungnahme der einzelnen Vertreter zu den behandelten Fragen. Das muß unseres Erachtens anders werden und, was wir zu fordern haben, ist: Öffentlichkeit der Verhandlungen zum mindesten aber Veröffentlichung ungekürzter stenografischer Verhandlungsberichte. Die Möglichkeit, diese Forderung, im Notfall auch gegen die Stimmen der amtlichen Mitglieder, durchzudringen, ist bei Einigkeit der außeramtlichen Mitglieder vorhanden.

Die vorstehend gekennzeichnete grundsätzliche Aenderung in der Zusammensetzung des diesjährigen Gouvernementsrats zeigt unseres Erachtens auch den Weg, der zur Erreichung des Endzieles einer gesunden Kolonialpolitik zu beschreiten sein wird. Daß an unserer Kolonialpolitik, zumal soweit sie heimischer Bevölkerung unterliegt, manches auszusetzen ist, wird kein einsichtiger Kenner unserer Kolonien leugnen können. Es sind dann auch von den verschiedensten, berufenen und unberufenen Seiten Vorschläge gemacht worden, diesem Uebel zu begegnen; wir wollen erwähnen: die Entsendung von kolonialfachverständigen Vertrauensleuten der einzelnen Schutzgebiete in die Beratungen der Budgetkommission des Reichstags oder in die Wandergänge des Wallotbaues zur persönlichen Unterrichtung informationsbedürftiger Abgeordneter; Wahl eigener Abgeordneter in den Schutzgebieten zur Entsendung in den Reichstag, und ähnliches mehr. Wir wollen zu-

geben, daß diese Gedanken an sich manches Erhebenswerte und Gute enthalten. Aber wie von ihren Vertretern selbst zugegeben wird, liegt ihre Durchführbarkeit in weiter Ferne. Auch kommen wir bei ihrer Bewertung um eines nicht herum: es erscheint uns mehr als fraglich, ob der tatsächliche Erfolg dieser Maßnahmen der sein wird, den man, theoretisch so schön, von ihnen erwartet.

Wer den innern Aufbau des Reichstagsgetriebes kennt, muß starke Zweifel hegen. Den App. II des Kolonialstaatssekretärs, die Kolonien nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Interessen zu machen, können wir zwar nur unterstreichen, genügt aber hat er nichts. Wischehen- und Hausflavereirevolution dieses dabei noch anerkannt „kolonialfreundlichen“ Reichstags haben auf das Schlagendste bewiesen, daß der deutsche Reichstag von der Erkenntnis dessen, was uns hier draußen not tut, weit entfernt ist. Nicht einmal die doch immer noch recht bescheidene Petition des deutsch-nationalen Kolonialvereins vor Beschlussfassung über die Wischehenresolution die Gouvernementsräte der einzelnen Schutzgebiete zu befragen, fand Berücksichtigung. Die Schlagworte: „Gleiche Rechte unserer farbigen Brüder“ und „Beseitigung der Sklaverei“ sollen mit dazu dienen, den einzelnen für sie stimmenden Parteien in Deutschland Wähler zu finden.

Aber was das englische Unterhaus in Verwaltung seines ungeheuren Kolonialbesitzes von der Heimat aus geleistet hat, wird doch auch der deutsche Reichstag wohl leisten können? So hören wir die stolze Gegenfrage. Aber der so Fragende verzißt eins: Durch jahrhundertelange Gewöhnung ist der Engländer mit kolonialen Dingen vertraut, nicht nur theoretisch, die Einrichtung der „Pfundshares“, der „kleinen Aktien“, hat die große Mehrzahl des englischen Volkes auch finanziell mit dem Gedeihen der Kolonien verknüpft. Das gibt einen wesentlich anderen Resonanzboden für koloniale Fragen, wie wir ihn zur Zeit noch bei uns in Deutschland haben. Der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, wie er bei uns immer und immer wieder sich zum Schaden der Schutzgebiete geltend macht und auch noch lange Zeit geltend machen wird, fällt im englischen Unterhaus: in der Hauptsache fort.

Bei dieser Lage der Sache glauben wir also kaum, daß die paar Schutzgebietsabgeordneten oder gar nur die Vertrauensmänner der Budgetkommission oder der Wandelhalle einen solchen Einfluß gewinnen, daß ihre Stimmen so ins Gewicht fallen werden, daß eine wesentliche Aenderung in der heimischen Behandlung kolonialer Fragen eintreten wird.

In seinen einleitenden Worten zu der Kolonialdebatte hat der Kolonialstaatssekretär den Weg angedeutet, den auch wir für den gangbaren und zumal für die nächste Zukunft allein erfolgreichen halten: **Kolonialparlamente.** Aus den Worten des Kolonialstaatssekretärs spricht zwar ein Zweifel, ob die Schutzgebiete schon so weit seien. Vorher in der Budgetkommission hatte der bisherige Gouverneur von Ostafrika Freiherr von Rechenberg bei den Verhandlungen über die Frage des Ausbaues der Selbstverwaltung erklärt: „man könne doch nicht 2000 Deutschen die Bestimmung über 10 — 12 Millionen Eingeborene übertragen“, und er hat in der Heimat Anklang mit diesem Satz gefunden. Unseres Erachtens sehr zu Unrecht. Dem Deutschen an sich hat er mit seinen Ausführungen das Bestimmungsrecht über die Kolonien doch wohl kaum bestreiten wollen, denn damit würde er sich ja auf den sozialdemokratischen Standpunkt der Verneinung deutscher Kolonisationsberechtigung gestellt haben. Also stützt er und seine Nachbeter sich nur an der Zahl. Nun sind unseres Erachtens aber 2000 Deutsche, beziehungsweise deren Vertrauensmänner, welche Land und Leute in jahrelanger harter Arbeit kennen gelernt, welche das ureigenste Interesse an der ruhigen und stetigen Weiterentwicklung der Schutzgebiete haben, weit eher befähigt zu erkennen, was not tut, als die große Menge landfremder, wenn auch vielleicht theoretisch noch so begeisterter Anhänger und Freunde des kolo-

nialen Gedankens daheim. Weiter hören wir die Gegner eines Ausbaus der Selbstverwaltung, wieder bewußt oder unbewußt mit einem sozialdemokratischen Unterton, die Befürchtung aussprechen, „die 2000 im Schutzgebiet werden die Eingeborenen in ihrem Interesse ausbeuten.“ Daß das eigenste Interesse der Kolonisten gerade mit Rücksicht auf die ruhige und stete Entwicklung des Schutzgebietes sie an einer diese Entwicklung gefährdenden Ausbeutung hindern wird, geht schon aus dem vorstehenden hervor. Außerdem aber können noch Vorsichtsmahregeln getroffen werden, welche die befürchtete Ausbeutung unmöglich machen, schon allein durch die Bestimmung, daß Verordnungen in den Schutzgebieten nur dann Gesetzeskraft erhalten, wenn sie in Uebereinstimmung zwischen Gouvernementsrat und Gouvernement gefaßt werden.

Mit dem Augenblick also, wo die Schutzgebiete auch finanziell auf eigenen Füßen stehen können, — und dieser Zeitpunkt ist für Ostafrika erreicht, das beweist aufs neue der vorliegende Etat für 1913 — bestehen irgendwelche Bedenken hinsichtlich eines umfangreichen Ausbaues der kolonialen Selbstverwaltung nicht, vielmehr stellt sich dieser Ausbau als im Interesse einer gesunden Kolonialpolitik unbedingt notwendig dar.

Wie dieser Ausbau zu geschehen haben wird, muß natürlich rüstigen Erwägungen überlassen bleiben. Wir wollen hier nur kurz eine Möglichkeit skizzieren, ohne uns schon jetzt in allen Einzelheiten festzulegen. Die erste Bedingung wäre die Vergrößerung der Zahl der außeramtlichen Mitglieder des Gouvernementsrats, aus dem außerdem die amtlichen Mitglieder zwecks Bildung eines Regierungstätiges auszuscheiden haben würden. Für die Wahl der vermehrten außeramtlichen Mitglieder können natürlich wiederum verschiedene Gesichtspunkte maßgebend sein. Als das Natürlichste würde es uns erscheinen, wenn unter Ausschaltung der Beamten und Schutztruppenangehörigen, die ja die Vertretung ihrer Interessen im Regierungstätige sänden, die einzelnen Erwerbsstände und Interessengruppen wie Ansiedler, Pflanze und Farmer, Kaufleute, Gewerbetreibende, Missionare für je 100 Wahlberechtigte ein Gouvernementsratsmitglied und eine entsprechende Anzahl von Stellvertretern wählen würden, das würde unter Zugrundelegung der letzten statistischen Veröffentlichungen etwa 15—20 Gouvernementsratsmitglieder geben.

Die Zuständigkeit dieses erweiterten Schutzgebietsparlaments würde sich zu erstrecken haben auf die Festlegung des Etats, natürlich vorbehaltlich der Wahrung des Budgetrechts des Reichstags für die Posten, welche zu Lasten oder unter Garantie des Reichs gehen, und auf den Ausbau der Landesgesetzgebung. Hier könnte, wie schon oben erwähnt, die Kautele geschaffen werden, daß die Beschlüsse des Gouvernementsrats nur dann Gesetzeskraft erhalten, wenn sie auch die Zustimmung des Regierungstätiges finden; ist eine Uebereinstimmung zwischen diesen beiden Faktoren nicht zu erzielen, würde auf Antrag von einer Seite die Angelegenheit zur Regelung den heimischen Instanzen zu überweisen sein.

Wir möchten nun empfehlen, den vorstehend skizzierten Ausbau der Selbstverwaltung unseres Schutzgebietes schon in dieser Sitzung des Gouvernementsrats zur Sprache zu bringen, da naturgemäß doch noch langwierige Vorarbeiten und die Ueberwindung vieler Hindernisse nötig sein werden, ehe das erstrebenswerte Ziel erreicht werden kann. Daß die Sitzung des diesjährigen Gouvernementsrats einen weiteren Fortschritt für die Entwicklung unserer schönen Kolonie mit sich bringen möge, das wollen wir hoffen und wünschen, und in diesem Sinne begrüßen wir seine Mitglieder.

Nun noch Einiges über die Tagesordnung deren Erledigung dem diesjährigen Gouvernementsrat obliegt. Sie umfaßt, soweit bisher bekannt geworden ist, folgende Punkte: